



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

E.: Aus Bayern.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Sachsenherzöge. Es ist ziemlich groß und fortificiret. Der Ort lieget sehr lustig und ist gut Leben vor die Studenten, die sich in einer ziemlichen Anzahl daselbst aufhalten. Nicht weit von der Stadt wachsen schöne Trauben auf den kleinen Bergen, welches gar angenehm zu sehen. Von Wittenberg kommt man durch Rospstedt nach Treuenbriezen, vier Meilen. Bei diesem Ort fänget das Preußische wieder an und hat seinen Namen von Treue, weil es vor diesen allemal getreu bei seinen Herren gehalten, wie solches noch am Rathhause in lateinischer Inschrift zu lesen. Von Briezen gingen wir auf Belitz und Sarmand, zwei Meilen und dann nach Berlin vier Meilen.

Aus Bayern.

Es war naturgemäß, daß nach dem Schlusse des Landtags eine gewisse Pause in Sachen der bayerischen Politik entstand. Denn die großen Fragen waren sämmtlich erledigt und nur die Verwaltung ging ihren stillen eintönigen Schritt in alter Regelmäßigkeit dahin, um die zahlreichen Ergebnisse der jüngsten Session in die Wirklichkeit einzuführen. Aus dieser Epoche ist selbstverständlich wenig zu berichten.

Ein Wendepunkt, der tiefere Erregung brachte, lag erst in dem Tode des Grafen von Hegnenberg, mit dem alle möglichen Fragen und Combinationen heraufbeschworen wurden und für dessen Nachlaß sich bis zur Stunde noch kein Erbe gefunden hat.

Der Tod des Grafen von Hegnenberg war für Bayern ein schwerer Schlag und wenn man die Frage der Wiedervergebung seines Portefeuilles mit dem geläufigen Namen einer „Ministerkrise“ bezeichnete, so war wirklich nicht allein der Name, sondern auch die Sache damit richtig getroffen. Denn eine Krisis lag vor allem darin, daß bei den anomalen parlamentarischen Verhältnissen, in welchen Bayern lebt, die Erledigung des leitenden Portefeuilles stets wieder die Frage nach dem System erneuert. Daß man dabei an eine principielle Umkehr dachte, soll hiemit natürlich nicht gemeint sein, aber Zustände nach rechts oder links werden doch von beiden Theilen in's Auge gefaßt und betrieben. Allein auch die Personenfrage an sich scheint kritisch genug, denn wenn die Stellung eines bayerischen Ministers auch nicht mehr so einflußreich in sachlicher Beziehung ist, wie sie vor 1870 war, so bleibt sie doch noch immerhin eine ungemein complicirte, in der sich alle erdenklichen Rücksichten zusammenfinden. Einen ausgesprochenen Parteiminister will die Regierung nicht ernennen, nachdem sich beide Parteien in der Kammer vollkommen die Wage halten, und ein Mann,

dessen politischer Standpunkt in der Mitte liegt, wird eben nur dann auf festem Boden stehen, wenn seine persönliche Begabung und die hohe Integrität seines Charakters, wie sie gerade bei Heggenberg bestand, ihm Autorität verleihen. Aber eben solche Erscheinungen sind aus der regulären Beamtenhierarchie am wenigsten leicht zu entnehmen und darum ist die Verlegenheit der Regierung noch heut ziemlich fühlbar.

Den greifbaren Ausdruck für diese problematische Situation bildeten die zahlreichen Conjecturen, die im Publicum kursirten und die erst durch ein officiöses Dementi zum Schweigen gebracht wurden. Man nannte Graf Tauffkirchen (den bayerischen Gesandten in Rom) und Freiherrn von Leonrod, den Vorstand des hiesigen Stadtgerichts; Fürst Hohenlohe kam eigentlich nur wunschweise in Rede und die Mehrzahl blieb immer noch bei der Meinung stehen, als sei Herr von Luz der natürliche Premierminister der Zukunft, auch wenn er nicht dem Erforderniß einer vornehmen Abkunft genügt, auf die man in den diplomatischen Kreisen des äußeren Ministeriums viel Werth legt. All diesen Erörterungen benahm indessen wie gesagt die officiöse Nachricht den Boden, daß man die Neubefetzung des fraglichen Portefeuilles keineswegs übereilen, sondern damit zuwarten wolle bis die persönliche Rückkehr sämmtlicher Minister die Garantien gebe, eine solidarische und allseitig gebilligte Wahl zu treffen. Ob dieß geschehen ist, bis die vorliegenden Zeilen dem Drucke übergeben sind, möchten wir leider bezweifeln, wenn nicht eine plötzliche rasche Schwenkung eintritt. Wie enge indessen die Wahl ist, mag man daraus abnehmen, daß selbst Graf Bray wiederholt in Frage kam.

Eine Angelegenheit, die gleichfalls vielen Staub aufwarf, war die Ernennung von zwei infallibilistischen Professoren an der Münchner Universität. Auch hier ist zur Sache selbst bereits so viel gesprochen worden, daß wir uns auf einige kurze Bemerkungen beschränken dürfen. Was man that, geschah bekanntlich zur Ausführung eines Wunsches, den die Kammern beschlossen und den der Landtagsabschied genehmigt hatte; unerwartet war dabei nur der energische Widerstand, der vom akademischen Senat geleistet wurde. Als unklug muß jedenfalls bezeichnet werden, daß die fragliche Ernennung gerade vor dem Jubiläumsfest erfolgte und somit die Stimmung zur Unzeit verbitterte, sowie daß von ministerieller Seite die Vorenthaltung der bewilligten Festgelder angedroht ward, um auf den Senat Pressuren zu üben, obwohl beide Angelegenheiten unter sich nichts gemein haben. Der Friede ist zwar jetzt wieder hergestellt, ja man hatte sogar Professor Friedrich gleichzeitig zum Ordinarius ernannt, um ein Aequivalent zu bieten, aber daß doch immer ein Mißton übrig bleibt ist leider nicht zu verkennen. Die Angelegenheit, die wir nur ungern erwähnen, hat einige Wochen lang die öffentliche Meinung fast ausschließlich beschäftigt.

Als das bedeutendste politische Factum indessen, welches die Zeit zwischen

heute und dem Schlusse der bayerischen Kammer aufzuweisen hat, muß man unbedingt den Eindruck und die Wirkung bezeichnen, welche die Reichstagsbeschlüsse auf Bayern übten, obgleich die Thatsachen derselben auch nicht unmittelbar auf bayerischem Gebiete standen.

Was die persönliche Theilnahme der bayerischen Deputirten an den Berathungen anlangt, so gebührt denselben schon hiefür der wärmste Dank. Es war kein geringes Opfer nach einer fast viermonatlichen Landtagsession, die von den schwersten principiellen Fragen erfüllt war und durch wiederholte Verlängerung noch ermüdender wurde, sofort auf dem Platze zu erscheinen und in Berlin eine neue Arbeit von Monaten anzutreten. Die klerikalen Deputirten machten sich die Mühe leicht, von den 18 Sitzen, welche sie inne hatten, waren lange Zeit fast nur diejenigen besetzt, deren Vertreter nicht zugleich im Landtag gesessen waren; die nationale Partei dagegen, die 30 Stimmen im Reichstag zählt und bei der die genannte Doppelstellung viel häufiger ist, vermißte nur acht ihrer Mitglieder. Auch von diesen war die Mehrzahl nur unfreiwillig ferngeblieben.

Wie thätig und einflußreich sich die Erschienenen an der parlamentarischen Arbeit betheiligten, steht noch zu frisch in der Erinnerung, als daß wir es hier wiederholen dürften. Die Namen sprechen für sich selber und nur vorübergehend wollen wir daran erinnern, daß Marquardsen es war, dessen Amendement die Stimmen in der ersten Jesuitendebatte concentrirte, daß Fischer's Rede in derselben Frage den Ausschlag gab und daß der Name Bölls (in dem Antrag auf Civilehe etc.) seine alte Bedeutung aufrecht hielt. Ebenso waren es in der populären Frage der deutschen Rechtsseinheit die Bayern, die sich mit aller Energie der Sache annahmen und auch bei anderer Gelegenheit blieb man der großen nationalen Pflicht nichts schuldig.

Im Volke ist es nicht übersehen worden, welcher Unterschied in dieser Hinsicht zwischen den klerikalen und den deutschgesinnten Deputirten bestand! Wie nichtsagend und untergeordnet war die Rolle der ersteren. Ueberall wo das klerikale Element überhaupt zur Geltung kam, waren es ausschließlich die norddeutschen Parteigenossen und allenfalls der protestantische Jesuit Herr Probst die sich vernehmen ließen, die Aufgabe der bayerischen schien niemals vor der Abstimmung zu beginnen. Daß sie zu diesem Ende bis auf den letzten Mann erschienen waren, als man das Jesuitengesetz votirte, ist allerdings ein Verdienst, nur überlassen wir es anderen, dasselbe hervorzuheben und zu würdigen.

Dies Verhalten der Reichsboten verfehlte, wie schon erwähnt, seine Wirkung im Lande nicht, aber schwerer fielen natürlich die positiven Errungenschaften ins Gewicht, die man in Berlin gewann. Ihre Tragweite wird vor Allem für die bayerische Regierung fühlbar werden, deren Politik in der kirchlichen Frage dadurch noch entschiedener vorgezeichnet ist.

Denn nur nachdem der Reichstag das Jesuitengesetz als ein gesamtverbindliches für Deutschland sanctionirt hat, nachdem Bayern im Bundesrath seine Zustimmung ausdrücklich ertheilte, hat es vor dem gesammten Volke die Verpflichtung übernommen, treu nach diesem Gesetz zu handeln. Aber nicht nur der Wortlaut, der Geist aus dem es geschaffen wurde und der in den Verhandlungen zu Tage trat, ist das verpflichtende Moment, aus diesem soll und muß der Staat die einzelnen kirchlichen Fragen erledigen, die der Lauf des Tages ihm entgegenbringt. Wir wissen wohl daß klerikale Blätter diesen Geist ausdrücklich als einen kirchenfeindlichen bezeichnet haben, aber dieselben Organe haben sich ja vor der trostigen Bemerkung nicht gescheut, daß Kirche und Papstthum, daß Katholicismus und das was man „Ultramontanismus“ nennt, völlig identisch seien. Faßt man die Sache so, dann freilich mag man den Geist der deutschen Politik als einen kirchenfeindlichen bezeichnen, aber doch auch dann nur in jenem Sinne, wie man den als Feind bezeichnet, der feierlich den Krieg erklärt. Deutschland bekämpft nicht die katholische Kirche, sondern das System nach welchem sie gegenwärtig regiert wird; will man beides als absolut untrennbar identificiren, so liegt die Schuld wahrhaftig nicht auf liberaler Seite.

Für Bayern ist die Energie, mit welcher sich das Reich der religiösen Krisis bemächtigt hat, unendlich wichtig. Die Last der Idee, die Last der Verantwortung ist dadurch aus seinen schwächeren Armen auf die herkulischen Schultern des Gesamtstaats übergegangen. Der Rückhalt, den seine Regierung dadurch gewann, ist für sie, die jede Action so scrupulös behandelt, von unschätzbarem Werthe. Selbst jene, die nur mit halbem Glauben in die Gemeinschaft des Reiches eintraten, müssen sich nun angefaßt der klerikalen Revolution gestehen, daß es sich nicht um eine Schwächung, sondern um den kräftigen Schutz der Einzelstaaten handelt, mit einem Worte der geistige wie der politische Zusammenhang zwischen Nord und Süd wird mächtig durch die Gemeinschaft dieser Aufgabe gefördert. Es ist die größte, die einzig analoge, die seit dem Kriege von 1870 an die deutschen Stämme herantrat, auch ihre einigende Kraft wird eine analoge sein.

Daß die klerikalen Elemente des Landes dadurch natürlich der deutschen Partei noch tiefer entfremdet werden, liegt auf der Hand, die Kluft zwischen beiden ist eine unversöhnliche geworden.

Wie allerwärts, so rüsteten sie sich auch in Bayern zum leidenschaftlichsten Kampfe, die Erbittertsten unter ihnen schlugen sogleich mit vollem Ingrimme drein, und zwar nach alter Bauernsitte mit Sense und Morgenstern. Die Bedächtigen indessen wählten ihre Wege weniger offen, sie suchen mehr eine tiefergehende Verstimmung, als einen raschen Ausbruch des Unmuths herbeizuführen, sie sind nicht verschieden in ihren Zwecken, aber wohl in ihren

Mitteln. Der letztere Punkt gab denn auch Anlaß zu der merkwürdigen Thatsache, daß angesichts der höchsten Gefahr sich dennoch ein heller Zwist im klerikalen Lager entspann. Denn die Haltung der extremen klerikalen Presse näherte sich bald so sehr den communistischen Tendenzen, daß es insbesondere für die höheren geistlichen Würdenträger fast unmöglich wurde, als solidarisch mit solchen Elementen zu erscheinen und da eine Herabminderung des Tons von solcher Seite nicht zu erlangen war, so blieb nichts übrig, als dieselben successive zu desavouiren und sich auf diese Weise loszumachen. Der erste Schritt in dieser Richtung erfolgte gegen den katholischen Volksverein, dessen Vorstand eine Feierlichkeit zu Ehren des Papstes insceniren wollte. Obwohl die weltlichen Behörden sich bereit zeigten diesen Schritt zu genehmigen, so wußte man doch auf Seite des Domcapitels sehr deutlich wie demonstrativ in der Regel solche Wallfahrten (die von Dr. Sigl geleitet werden) verlaufen und um Verwicklungen mit der Polizei zu verhüten, gaben einige Mitglieder des Ordinariats, bei denen angefragt wurde, dieser Meinung unverhohlenen Ausdruck.

Die Sache unterblieb, aber es war richtig verstanden, wenn die beiden extremsten Blätter darin nicht bloß einen einzelnen Fall, sondern den Beginn einer systematischen Maßregelung erblicken wollten. Bald wurden die beiden Organe selbst der Gegenstand der erzbischöflichen Ungnade, man setzte sie unter der Hand in Kenntniß, daß ein so radikales Auftreten (das man durch eigene Duldung groß gezogen) nicht fernerhin bestehen könne, und die Pression scheint, nach dem entrüsteten Schrei zu schließen, den sie den beiden frommen Klopfsechtern entriß, eine sehr energische gewesen zu sein. Gleichwohl war sie nicht stark genug, man erwiderte die eine Drohung mit der andern, daß man nun auch gegen das Ordinariat schonungslos zu Felde ziehen werde.

Die Antwort hierauf war ein neuer polemischer Schritt von Seiten der geistlichen Oberbehörde, der dem „katholischen Volksvereine“ galt, indem man die Mitglieder des Gesellenvereins zum Austritt aus dem vorgenannten zu bewegen suchte.

So ist denn die Fehde im katholischen Lager nach allen Seiten hin entbrannt, die Pressorgane stehen sich mit der schärfsten Polemik gegenüber, die Vereine negiren sich gegenseitig und keiner der beiden Gegner will des andern Berechtigung gelten lassen.

Zunächst spielt dieser Zwiespalt natürlich noch in engeren localen Grenzen und ist deshalb nach außen hin weniger fühlbar; aber daß er trotz alledem die Kraft des klerikalen Treibens lähmt, wird Niemand bezweifeln können.

E.